

## **Antrag**

**der Abgeordneten Christiane Schneider, Cansu Özdemir, Mehmet Yildiz,  
Kersten Artus, Tim Golke, Norbert Hackbusch, Dora Heyenn  
und Heike Sudmann (DE LINKE)**

### **Betr.: Kostenloses mobiles Internet**

Die Digitalisierung der Gesellschaft verändert die Arbeits- und Lebensbedingungen. Der Zugang zum Internet ist von immer noch wachsender Bedeutung in fast allen Lebensbereichen: Arbeitssuche, Kommunikation per E-Mail oder in sozialen Netzwerken, Zugang zu Informationen und Wissen, Kontakt mit Behörden, Gestaltung von Freizeit und Urlaub, Beteiligung an öffentlicher Meinungs- und Willensbildung – all das findet heute in bedeutendem Umfang online statt.

So haben sich in vielen Bereichen Strukturen herausgebildet, zu denen es kein oder jedenfalls kein qualitativ oder quantitativ vergleichbares Angebot außerhalb des Internets gibt. Das gilt auch für Bereiche wie Justiz, Gesetzgebung und öffentliche Verwaltung. Der Schritt vom Informationsfreiheits- zu einem Transparenzgesetz zum Beispiel, das die Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger stärkt, ist ohne elektronisches, öffentliches Informationsregister undenkbar. Zugang zum Internet ist in der heutigen Welt mitentscheidend, und das immer noch zunehmend, für die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger.

Gleichzeitig ist die Möglichkeit, das Internet zu nutzen, noch lange keine Selbstverständlichkeit. Die mit dem Internet verbundenen Kosten für Endgeräte und Datentransfer sind immer noch beträchtlich und wirken dadurch sozial selektiv. Der (N)ONLINER Atlas 2011 des gemeinnützigen Vereins Initiative D21 – Deutschlands größte Partnerschaft von Politik und Wirtschaft für die Informationsgesellschaft – belegt: Die vorhandene digitale Spaltung beruht im Wesentlichen auch auf einer sozialen Spaltung der Gesellschaft. Zwar sind immer mehr Menschen online. Doch gerade Menschen in prekären Lebenslagen sind vom Zugang zum Internet häufig ausgeschlossen. Bei Haushaltseinkommen unter 1.000 Euro sind es 47 Prozent, zwischen 1.000 und 2.000 Euro 44,3 Prozent und zwischen 2.000 und 3.000 Euro 16,9 Prozent der Menschen.

Für alle Menschen die gleichen Zugangs- und Teilhabebedingungen durch ein möglichst niedrigschwelliges Angebot an Internetzugangsmöglichkeiten sicherzustellen, ist in der heutigen Welt Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge. Von vielen Kommunen und Städten ist diese Aufgabe bereits erkannt worden. Die im Hunsrück gelegene Stadt Kastellaun bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern kostenloses mobiles Internet (WLAN) im Innenstadtbereich, die Stadt Renchen bietet es um das Freizeitbad und den Rathausplatz. Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU in Berlin sieht ein stadtweites kostenloses WLAN vor, und der Regierende Bürgermeister Wowereit hat die Pläne zu einem solchen Netz in seiner Regierungserklärung im Januar 2012 bekräftigt. Die Stadt London hat im Januar 2012 mit dem Ausbau des europaweit größten freien WLAN-Netzes begonnen, das den Bürgern/-innen und den Touristen/-innen mit Beginn der Olympischen Spiele zur Verfügung stehen soll.

Die Hamburgische Bürgerschaft hat mit dem Beschluss „Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber schaffen“ (Dr. 20/2831 vom 11.01.12) den Senat zu einer Bundesratsinitiative für die Änderung der Störerhaftung aufgefordert, die eine rechtliche Voraussetzung

für die Ausbreitung freier WLANs ist. Mit der Schaffung eines freien WLAN-Netzes in Hamburg, die die Zugangsgerechtigkeit für die Hamburger Bürgerinnen und Bürger und die auch den Tourismus fördert, kann Hamburg mit gutem Beispiel vorangehen.

**Die Hamburgische Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. zu prüfen, wie ein kostenloses mobiles Internet (WLAN) für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Gäste Hamburgs bereitgestellt werden kann;
2. neben der Prüfung und Beschreibung der rechtlichen, technischen und finanziellen Umsetzungsbedingungen einen Zeitplan für die Realisierung eines kostenlosen mobilen Internets für die Innenstadt und alle Stadtteile vorzulegen;
3. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2012 eine Vorlage für die Realisierung des kostenlosen mobilen Internets vorzulegen.